

Reinhard Mehring

Zur Exposition des Bandes

Eine „außergewöhnliche Situation“

Es bedarf kaum der Worte, dass der europäische Gedanke und das Verfassungsprojekt der Europäischen Union heute in eine tiefgreifende Krise geraten sind. Die EU driftet auseinander und verschiedene Staaten und Nationen tragen sich mit mehr oder weniger starken Absetzbewegungen und Austrittbestrebungen. England hat sich im Referendum vom 23. Juni 2016 – 51,9 gegen 48,1% – für den Brexit aus der EU entschieden und damit der Euroskepsis in anderen Ländern weiteren Auftrieb gegeben. Auch das Konzept von „Kerneuropa“ und einer Europäisierung in verschiedenen Stufen und Geschwindigkeiten wankt.¹ Frankreich ist heute wirtschaftlich und politisch labil und die Achse Paris-Berlin allein kann den europäischen Tanker kaum noch schleppen. Die Rolle Deutschlands ist deshalb auch zunehmend umstritten. Mancher wünscht eine „Führungsrolle“, andere kritisieren eine zu starke Dominanz.

Am 24. August 2015 erklärte die Bundeskanzlerin an der Seite des französischen Staatspräsidenten Hollande, nach fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Sachsen, zur Flüchtlingsfrage: „Es gibt Momente in der europäischen Geschichte, wo wir vor außergewöhnlichen Situationen stehen. Heute ist das so eine außergewöhnliche Situation, aber eine außergewöhnliche Situation, die anhalten wird, so lange die Krisen nicht gelöst sind. Wir sollten nicht warten und nicht nur Tag für Tag versuchen, diese Situation zu handhaben. Wir müssen uns organisieren und unsere Politik absprechen. Das schlagen Deutschland und Frankreich vor.“² Merkels Worte wurden oft aufgegriffen und kritisiert. Nach den Pariser Terroranschlägen vom 13. November 2015 erneuerte Merkel ihre Worte dennoch, indem sie sich beim Staatsakt für den verstorbenen Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt,

¹ Dazu vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012; ders., *Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989*, München 2015.

² www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-24-pressestatements-merkel-hollande.html; Frankreich erklärte nach den Anschlägen vom November förmlich den Ausnahmezustand, der zuletzt nach dem schweren Anschlag vom 14. Juli 2016 (am Nationalfeiertag) verlängert wurde und aktuell gilt.

am 23. November, mit dem Krisenmanager der Hamburger Sturmflut von 1961 identifizierte. Sie bestätigte dabei Metaphern von Dambruch und Flut und schob rechtsstaatliche Bedenken beiseite, die man schon in der Erklärung vom August vermisst hatte; Merkel begrüßte, dass Schmidt handelte, obgleich er „verfassungsrechtlich nicht dazu befugt“ war, die Bundeswehr zu Hilfe zu rufen. Emphatisch meinte sie: „Damit lebte er [Schmidt] vor, dass außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen erfordern. Und er lebte vor, was es bedeutet, in einer solchen Situation Verantwortung zu übernehmen.“³

Namhafte Juristen äußerten in letzter Zeit immer wieder ernste Sorgen über den Umgang der europäischen Politik mit der Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit. So schreibt heute, im Juni 2016, der amtierende Präsident des Bundesverfassungsgerichts: „Die Krise scheint die neue Normallage der Politik [...] Indes: Eine Ordnung kann nicht dauerhaft im Modus der Krise operieren. Gesellschaft ist nur dort möglich, wo Regel und Ausnahme als solche erkennbar sind.“⁴ Andreas Vosskuhle plädiert hier, politisch zurückhaltend, nur vage für eine „Verfassung der Mitte“ und „Dogmatik der Verhältnismäßigkeit“.⁵ Für die juristische Bewältigung der „großen Herausforderungen“ der Globalisierung, Europäisierung und der Migrationsbewegungen entwickelt er keine prononcierten Antworten. Politiker zeigen klarere Kante. So meinte der CSU-Chef Seehofer, um eine mächtige Stimme zu zitieren, im Interview mit der Passauer *Neuen Presse* am 9. Februar 2016 schlicht und markig: „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts.“ Dieses Diktum bezog sich primär auf Rechtsdefizite des Grenzregimes.

Über eine Millionen Flüchtlinge kamen 2015 von außerhalb der EU ins Land. Davon haben weit über 200 000 einen berechtigten Anspruch auf Asyl. Die Migration dauert auch in 2016 an, verstärkt erneut über Libyen und das Mittelmeer; über 220 000 Personen kamen allein über diese Route im ersten Halbjahr 2016 nach Europa. Über 220 000 erreichten insgesamt im ersten Halbjahr 2016 die deutsche Erstaufnahme; Hunderttausende werden beim jetzigen Stand allein auf dem Weg über den Familiennachzug legal nach Deutschland einwandern. Dazu kommt die erhebliche Binnenmigration aus der EU: Im Jahre 2015 über 685 000, seit 2010 insgesamt über 2,5 Millionen. Die meisten Binnenmigranten (174 779) kamen 2015 aus Rumänien, gefolgt von Polen und Bulgarien.⁶ Die Anzahl der Migranten überstieg die

³ www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2015/11/2015-11-23-merkel-staatsaktes-helmut-schmidt.html

⁴ Andreas Vosskuhle, Die Verfassung der Mitte. Themenheft 101 der Siemens-Stiftung, München 2016, hier: 7, 9.

⁵ Ebd., 47.

⁶ Zahlen nach dem Jahresbericht 2015 des Freizügigkeitsmonitorings des BAMF (Stand Juni 2016).

Anzahl der Geburten im Land (2015 etwa 738 000) bei Weitem. Jüngste Zahlen des Statistischen Bundesamtes⁷ sprechen für 2015 von 2 137 000 Zuzügen bei immerhin 998 000 Fortzügen. Diese Migrationsbewegungen verändern das politische Klima in Deutschland nachhaltig. Landtagswahlen vom März 2016 brachten deshalb auch weitere Erosionen des Parteiensystems und einen Triumph des Rechtspopulismus. Die vielbeschworene „europäische Lösung“ ist nicht in Sicht und der Widerstand gegen die offenen Grenzen des Schengen-Raumes wächst. Die sog. Balkan-Route – über die Türkei und den Balkan nach Westeuropa – wurde, zunächst von Ungarn und Österreich ausgehend, geschlossen, was die Flüchtlingszahlen im ersten Halbjahr 2016 aber nur um den Preis eines Flüchtlingsstaus in der Türkei absenkte, der neue gravierende Probleme schafft. Die Asylverfahren wurden in Deutschland bereits wiederholt verändert.⁸ Man wundert sich, wer und was heute zum „sicheren Drittstaat“ erklärt wird.

Inzwischen ist eine kontroverse Debatte der Flüchtlingskrise in Gang gekommen. Die Dimensionen des Geschehens werden kaum noch bagatellisiert und die euphemistische Beschwörung der „Willkommenskultur“ ist verstummt. Das Klima driftet nach rechts und der Nationalismus artikuliert sich in Wort und Tat wieder diskriminierend. Der Terror des religiösen Fundamentalismus und Fanatismus zeigt sich erneut und wir merken, mit Safranski formuliert, „dass wir gegen den politischen Islam etwas zu verteidigen haben: unsere Freiheit.“⁹ Einseitige Betonungen der religionspolitischen und kulturellen Aspekte wirken leicht ideologisch. Politischer Alarmismus und moralisches Pathos helfen auch nicht weiter. Relativ einig ist man sich aber über die Notwendigkeit geregelter Verfahren. Der sprechende Name des Oktober 2015 in Kraft getretenen „Asylverfahrenbschleunigungsgesetzes“ wurde dabei längst in „Asylgesetz“ (AsylG) geändert und das neue „Integrationsgesetz“ vom Sommer 2016 soll nun eine neue Balance von „Fördern und Fordern“ organisieren.

Deutschland war niemals ein „klassischer“ Nationalstaat und hat deshalb auch ein launisches und unbalanciertes Selbstgefühl. Heinrich August Winkler fasste die geschichtspolitischen Hypothesen zum 70. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2015 im Deutschen Bundestag geradezu autoritativ zusammen.¹⁰ Der „klassische“ Nationalstaat ist heute in Deutschland nicht rekonstruierbar; strittig ist eigentlich nur, ob die Form des Staates oder der Kern

⁷ Pressemitteilung Nr. 246 vom 14. Juli 2016

⁸ Dazu vgl. Rainer Hofmann, Thomas Oberhäuser, Stefan Kessler, Migrationsrecht 2016. Die aktuellen Neuregelungen, Baden-Baden 2016.

⁹ ‚Die Deutschen sind in der Pubertät‘. Interview von Martin Helg mit Rüdiger Safranski, in: Neue Zürcher Zeitung vom 8. November 2015.

¹⁰ Heinrich August Winkler, Rede zum 70. Jahrestag des 8. Mai 1945 im Deutschen Bundestag, in: Zerreißproben. Deutschland, Europa und der Westen, München 2015, 198–209.

von Staatlichkeit – mit der Trias von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt – in der Epoche der Globalisierung und der Menschenrechte noch eine Antwort sein kann. Als Gegenbegriff zum „Staat“ fungiert in der neuzeitlichen Staatstheorie seit Hobbes der „Bürgerkrieg“: Wo das staatliche Gewaltmonopol erodiert und Staaten scheitern, regieren „Räuberbanden“; wir leben wieder in einem „behemothischen Zeitalter“;¹¹ *failed states* sind ein Signum der Gegenwart, nicht nur in Afrika; den Warlords, Herren der failed states, ist auch die Religion nur eine Waffe und ein Machtmittel des Terrors. Peter Sloterdijk, leiser Töne unverdächtig, stimmte unlängst im Interview ein „Lob der Grenze“ an und rief einen „territorialen Imperativ“ aus: „Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben.“¹² Die Lage kennzeichnete er im Februar 2016 unter Berufung auf Demographen drastisch: „Das 21. Jahrhundert hat ein Megathema: Migration. Zwei Milliarden Menschen werden von ländlichen Gebieten in die urbanen Ballungsräume ziehen, eine Milliarde Menschen werden versuchen, aus den Armutszonen in den Wohlstandsraum zu gelangen.“¹³ Viele Stimmen ließen sich für mehr oder weniger dramatische Szenarien zitieren. Jenseits der geschätzten Zahlen ist eigentlich nur zu ergänzen, dass man fast jeden Flüchtling in seiner Lage bedauert und versteht.

Die Herausgeber sind froh und dankbar, zwei Beiträge eminenten Autoren einleitend abdrucken zu dürfen, die die schwere Thematik in weite Horizonte stellen. Herfried Münkler formuliert in seinem Beitrag – vom Herbst 2015 – analytisch klärende „Gelingensbedingungen“ der Flüchtlingsintegration. Der Althistoriker Alexander Demandt, einer der besten Kenner der Spätantike, stellt die gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen in die – gewiss nicht deckungsgleich zutreffende – historische Parallele oder Analogie zu den Völkerwanderungen und dem Untergang des Römischen Reiches. Zweifellos sind die Gelingensbedingungen der Flüchtlingsintegration anspruchsvoll. Auch Szenarien des Scheiterns müssen deshalb ins Kalkül aller Eventualitäten einbezogen werden. In einem neueren Beitrag zur Debatte, vom Februar 2016, unterschied Münkler¹⁴ zwischen dem rechtlichen Rahmen, der „humanitären Herausforderung“ und der „politisch-strategischen Her-

¹¹ So Horst Bredekamp, *Der Behemoth. Metamorphosen des Anti-Leviathan*, Berlin 2016, 95.

¹² ‚Das kann nicht gut gehen.‘ Peter Sloterdijk über Angela Merkel, die Flüchtlinge und das Regiment der Furcht. Interview von Alexander Kissler/ Christoph Schwennicke, in: Cicero. Magazin für politische Kultur 2016, Nr. 2 (Februar), 14–23; zum Diskussionsstand vom Frühling 2016 vgl. Benno Heussen, *Das Problem der Fairness in der Flüchtlingsfrage*, in: Merkur 70 (2016), Heft 803, 85–93.

¹³ Ebd.

¹⁴ Herfried Münkler, *Wie ahnungslos kluge Leute doch sein können*, in: *Die Zeit* Nr. 7 (2016) vom 11. Februar 2016.

ausforderung“. Peter Sloterdijk¹⁵ entgegnete, dass die deutsche Politik keinen Masterplan habe und niemand die Perspektive des souveränen Strategen für sich beanspruchen könne. Inzwischen verdeutlichte Münkler¹⁶ die Arenen der Herausforderungen für die deutsche Mittelmacht: Demnach müssen die ökonomischen Unterschichten sich berechnende Sorgen machen, während eine neue Panik im Mittelstand leicht überzogen ist. Politik muss in „Verantwortung vor der Zukunft“ (Max Weber) planen und möglichst nachhaltige Antworten finden, auch wenn der Feldherrnhügel des Chefstrategen „endgültig verwaist“¹⁷ und ein „Herr des Überblicks“, ein Philosophenkönig, wie Thomas Mann ihn im biblischen Joseph zeichnete, heute nicht in Sicht ist.

Der Spiegel historischer Parallelen

Immanuel Kant betrachtete die „Hospitalität“,¹⁸ das „Besuchsrecht“ eines „Fremdlings“ auf dem „Boden eines anderen“, 1795 in seiner ironisch-sarkastischen Schrift *Zum ewigen Frieden* als Kern eines universalen, menschenrechtlich gegebenen „Weltbürgerrechts“ und verwies auf den „gemeinschaftlichen Besitz der Oberfläche der Erde“. Er kritisierte das „inhospitale Betragen“ der europäischen Kolonialmächte und sprach von einem Recht, „nicht feindselig behandelt zu werden“. Bei Goethe heißt es in den *Maximen und Reflexionen*: „Wir lernen die Menschen nicht kennen, wenn sie zu uns kommen; wir müssen zu ihnen gehen, um zu erfahren, wie es mit ihnen steht.“¹⁹ Mehrfach thematisierte Goethe Flüchtlingselend infolge der Französischen Revolution: so in den *Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten* (1795) und im Versepos *Hermann und Dorothea* (1797). Eine *Xenie* fragt: „Flüchtlinge, sagt, wer seyd ihr? Von wannen trägt euch die Woge? / Habt ihr wo ein Gewerbe? Streift ihr als Räuber herum?“²⁰ *Iphigenie auf Tauris* (1807) gibt dann eine „klassische“ Darstellung von der Sehnsucht nach Rückkehr, Verweige-

¹⁵ Peter Sloterdijk, Primitive Reflexe. In der deutschen Flüchtlingsdebatte erleben Rüdiger Safranski und ich Beißwut, Polemik und Abweichungshass. Eine Antwort auf die Kritiker, in: Die Zeit Nr. 11 (2016) vom 3. März 2016; dazu die Replik von Herfried Münkler, Weiß er, was er will?, in: Die Zeit Nr. 12 vom 10. März 2016, S. 42.

¹⁶ Herfried Münkler, Die Mitte und die Flüchtlingskrise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (2016), Heft 14/15 vom 4. April 2016, 3–8.

¹⁷ So Felix Wassermann, Asymmetrische Kriege. Eine politiktheoretische Untersuchung zur Kriegsführung im 21. Jahrhundert, Frankfurt 2015, 283.

¹⁸ Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, in: Werke in zehn Bänden, hrsg. Wilhelm Weischedel, Darmstadt 1983, Bd. IX, 212f; vgl. auch ders., Metaphysik der Sitten, Bd. VII, 372ff, 475f.

¹⁹ Johann W. v. Goethe, Maximen und Reflexionen, hrsg. Max Hecker, Weimar 1907, 5.

²⁰ Xenien 1796, hrsg. Erich Schmidt / Bernhard Suphan, Weimar 1893, 51.

rung der Assimilation (qua Absonderung als Priesterin im Tempel der Diana) und glücklicher und versöhnlicher Rückkehr.

Als „verspätete Nation“ war Deutschland niemals ein selbstverständlicher Nationalstaat. Nach 1945 konnte es kein „klassischer“ Nationalstaat mehr sein. Die „Wiedervereinigung“ war 1990 nur um den Preis einer starken Europäisierung möglich. Andere Staaten, insbesondere die osteuropäischen Staaten, erwarten sich von der Europäischen Union heute dagegen nicht zuletzt die Sicherung ihrer endlich erlangten nationalen Eigenstaatlichkeit, insbesondere gegen Russland. Deutschland oszillierte in der Geschichte immer wieder zwischen einem Auswanderungs- und einem Einwanderungsland. Sehr verschiedene Ströme von Migrant*innen kamen ins Land: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge.²¹ Zu den Folgen des Ersten Weltkriegs, der russischen Revolution und territorialen Neuordnung nach „Versailles“ – u. a. mit der Gründung Polens und der Tschechoslowakei als Nationalstaaten – gehörten massive Flüchtlingsbewegungen infolge von Vertreibungen und Expatriierungen. Millionen Menschen verloren ihre Staatsbürgerschaft und lebten als „staatenlose“ Flüchtlinge fortan ohne gesicherte Rechte. Es war dann „die nationalsozialistische Diktatur, die die Ausbürgerung als Instrument politisch-ideologischer Ausstoßung mit besonderer Radikalität perfektionierte.“²²

Einwanderung und Einbürgerung wurden stets sehr komplex und interessegeleitet politisch geregelt. Die gegenwärtigen Flüchtlingsströme werden oft mit den „Gastarbeitern“ der 50er/70er Jahre verglichen: insbesondere den türkischen Gastarbeitern, mit denen sich neue Integrationsaufgaben stellten. Diese „Gastarbeiter“ kamen im geregelten Verfahren mit klaren Berufsperspektiven in eine prosperierende Wohlstandsgesellschaft, aus einem NATO-Mitgliedsland, das innerhalb der arabischen Welt relativ modern, liberal und gemäßigt war. Die schulischen Konsequenzen wurden seit den 70er Jahren schon diskutiert und erforscht.²³ Eine andere historische Parallele wird heute – selbst vom Bundespräsidenten Joachim Gauck²⁴ – vielfach bemüht: die In-

²¹ Dazu etwa die Übersicht bei Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001; Klaus J. Bade, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000; ders. u. a. (Hg.), *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007; vgl. jüngst etwa das Themenheft „Flucht historisch“ der APuZ Nr. 26/27 vom 27. Juni 2016.

²² Dieter Gosewinkel, *Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2016, 196.

²³ Zur aktuellen Übersicht vgl. Michael Matzner (Hg.), *Handbuch Migration und Bildung*, Wiesbaden 2012; vgl. Paul Mecheril, *Einführung in die Migrationspädagogik*, Weinheim 2004.

²⁴ Dazu vgl. Stephan Scholz, *Willkommenskultur durch „Schicksalsvergleich“*. Die deutsche Vertreibungserinnerung in der Flüchtlingsdebatte, in: APuZ Jg. 66 (2016), Heft 26/27 vom 27. Juni 2016, 40–46.

tegration der Kriegsflüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen „deutschen“ Ostgebieten. Man schätzt, dass über zwölf Millionen Ostflüchtlinge – sog. „Reichsdeutsche“ und „Volksdeutsche“ – zwangsausgesiedelt wurden und in die alliierten Zonen flohen. Die pauperisierten Ostflüchtlinge wurden im verwüsteten Land nach 1945 zwar als „Deutsche“ vergleichsweise schnell integriert; die meisten absorbierte das „Wirtschaftswunder“; der verlorenen Heimat trauerten dennoch viele lebenslang nach, und sie organisierten sich in „Vertriebenenverbänden“, die jahrzehntelang politisch wirksam wurden.

Eine erste und letzte historische Parallele bleibt aber der Umgang mit den jüdischen Mitbürgern und osteuropäischen Einwanderern vor und nach 1933. Sie fanden bis 1933 trotz der antisemitischen Radikalisierung noch ein relativ entwickeltes Integrationsmilieu vor.²⁵ Der Nationalsozialismus entrechtete und enteignete sie zwar seit 1933 sehr massiv. Erst ab 1938 verschlechterten sich aber die Emigrationschancen dramatisch und der Krieg wurde dann der unentrinnbare Rahmen des Holocaust.²⁶ Dieser Zivilisationsbruch überschattet auch heute noch die deutsche Geschichte und bestimmt deutsche Politik nachhaltig. Der Holocaust ist auch in der internationalen Politik nach wie vor ein Argument. Münkler erinnert daran in der Flüchtlingsdebatte:

„Deutschland ist nun einmal ein durch Verweis auf seine Geschichte verwundbarer Akteur; das hat sich in den antideutschen Polemiken bei der fiskalischen Rettung Griechenlands gezeigt. Es ist nicht auszuschließen, dass die EU unter dem Druck der Flüchtlingskrise zerbrechen wird, aber es ist ein Essential der deutschen Politik, dass dies erst eintritt, wenn man in Berlin alles versucht hat, das zu verhindern.“²⁷

Die historische Parallele des Holocaust muss uns heute noch eine erste Mahnung sein. Deshalb endet der vorliegende Sammelband mit der Dokumentation der Nachkriegswahrnehmung des Holocaust-Überlebenden Emil Utitz. Die mittleren Teile bilden pädagogisch-politische Momentaufnahmen zu den gegenwärtigen Heidelberger Bemühungen sowie Spiegelungen ausländischer Wahrnehmungen. Zunächst eröffnen aber die orientierenden Beiträge von Münkler und Demandt.

²⁵ Dazu etwa Anne-Christin Saß, *Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik*, Göttingen 2012; zum Zionismus als Kooperationspartner der nationalsozialistischen Vertreibungen bis 1939 vgl. Francis R. Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, Göttingen 2012.

²⁶ Dazu vgl. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, 2 Bde., München 1998/2006; zum fast völligen Verlust von Rettungschancen vgl. Götz Aly, *Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/45*, Stuttgart 2002.

²⁷ Herfried Münkler, *Wie ahnungslos kluge Leute doch sein können*, in: *Die Zeit* Nr. 7 (2016) vom 20. Februar 2016.